

## **Antrag**

**der Abgeordneten Jan van Aken, Dr. Gregor Gysi, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Katar stoppen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Bundesregierung genehmigte im Zeitraum von 2000 bis 2009 Rüstungsexporte nach Katar in Höhe von 34,7 Mio. Euro (Rüstungsexportberichte der Bundesregierung von 2000 bis 2009). Allein im Jahr 2007 waren es Genehmigungen in Höhe von rund 2,6 Mio. Euro, unter anderem für Software für das militärische Nachrichtenwesen und Zielortungsgeräte.
2. Die Bundesregierung hat sich in ihren „Politischen Grundsätzen“ verpflichtet, bei der Entscheidung über Rüstungsexporte „der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungs- und Endverbleibsland [...] besonderes Gewicht“ beizumessen (Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern vom 19. Januar 2000).

In Katar werden grundlegende Menschen- und Bürgerrechte missachtet. Die Pressefreiheit und die freie Meinungsäußerung sind stark eingeschränkt und Selbstzensur ist an der Tagesordnung. Zwar ist in Katar die Diskriminierung und Gewalt aufgrund des Geschlechts durch die Verfassung verboten, die Praxis sieht jedoch anders aus: Frauen werden im nationalen Recht wie im Alltag durchgängig diskriminiert. Gewalt gegen Frauen ist weit verbreitet. Sowohl die Polizei als auch die Gerichte sind oft widerwillig, diese Gewalttaten zu verfolgen (Amnesty International, Submission to the UN Universal Periodic Review – February 2010)

3. Die Bundesregierung hat sich mit dem „Gemeinsamen Standpunkt“ der EU dazu verpflichtet, die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität einer Region als ein wichtiges Kriterium bei der Entscheidung über Rüstungsexporte zu beachten (Gemeinsamer Standpunkt, Artikel 2 Kriterium 4, 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008; GASP – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik).

Katar liegt in einem Krisengebiet. Seit Jahrzehnten ist die Region von Konflikten – zum Teil offenen Gewaltkonflikten und Kriegen – geprägt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,  
keine Genehmigungen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Katar mehr zu erteilen.

Berlin, den 25. Mai 2011

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**